

An den
Kreisausschuss des Hochtaunuskreises
Fachbereich 40.80
Ludwig-Erhard-Anlage 1 – 5
61352 Bad Homburg v.d. Höhe



Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 34a Gewerbeordnung (GewO) – Bewachungsgewerbe –

Für folgende Tätigkeiten wird die Erlaubnis beantragt:

- **umfassende Bewachungstätigkeit** ohne Einschränkung
- **Bewachungstätigkeit beschränkt auf**

- ☐ Leitung Bewachung Asylunterkünfte
- ☐ Leitung Bewachung Großveranstaltung
- ☐ Bewachung Asylunterkünfte
- ☐ Bewachung Großveranstaltungen
- ☐ Schutz besonders gefährdeter Objekte
- ☐ Kontrollgänge/-fahrten
- ☐ Ladendetektiv
- ☐ Disko-Türsteher
- ☐ Einfache Bewachungstätigkeit

1. Angaben zu Antragsteller/in bzw. Vertreter/in einer juristischen Person:

Ist der Gewerbetreibende eine juristische Person (GmbH, AG etc.), so ist diese antragsberechtigt. Bei Personengesellschaften ohne eigene Rechtspersönlichkeit (BGB-Gesellschaft, OHG, KG einschl. GmbH & Co KG) ist eine Erlaubnis für jede/n geschäftsführungsberechtigte/n Gesellschafter/in erforderlich; dies gilt auch hinsichtlich der Kommanditisten/ Kommanditistinnen, sofern sie Geschäftsführungsbefugnis besitzen.

Die Gebührenfestsetzung erfolgt gem. § 2 des Hess. Verwaltungskostengesetzes (HVwKostG) – in der derzeit gültigen Fassung - in Verbindung mit § 1 der Verwaltungskostenordnung für den Geschäftsbereich des Hess. Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (VwKostO-MWVL) – in der derzeit gültigen Fassung - und dem dazugehörigen Verwaltungskostenverzeichnis.

Die Erlaubnis wird beantragt für eine

- ☐ Juristische Person
☐ Natürliche Person

1	Name Antragstellende Person oder bei Juristischen Personen Angaben der zur Vertretung berufenen Person	Name: Geburtsname (bei Abweichung vom Namen): Vorname(n): Geschlecht: Geburtsdatum: Geburtsort: Geburtsland/ Staat: Staatsangehörigkeiten: Meldeanschrift Straße: , Hausnummer: Postleitzahl: , Ort: , Land / Staat: Telefonnummer: E-Mailadresse:
2	Persönliche Verhältnisse	Haben Sie in den letzten 5 Jahren eine berufliche Tätigkeit als Geschäftsführer/in einer GmbH, als persönlich haftende/r Gesellschafter/in einer OHG oder KG oder als Inhaber/in einer abgeleiteten Einzelfirma ausgeübt? ☐ nein ☐ ja wenn ja, wann und unter welcher Firmenbezeichnung? Gibt oder gab es in den letzten fünf Jahren gegen Sie strafrechtliche Ermittlungsverfahren, anhängige (schwebende) oder durch Freispruch, Einstellung oder Verurteilung rechtskräftig abgeschlossene Strafverfahren? ☐ nein ☐ ja, folgende (Art, Datum, Behörde, Aktenzeichen): Gibt oder gab es in den letzten fünf Jahren gegen Sie oder eine von Ihnen vertretene Firma anhängige (schwebende) oder rechtskräftig abgeschlossene Bußgeldverfahren oder sind Sie durch gewerberechtliche Verstöße aufgefallen? ☐ nein ☐ ja, folgende (Art, Datum, Behörde, Aktenzeichen):

		Gibt oder gab es in der Vergangenheit gegen Sie oder eine von Ihnen vertretene Firma ein anhängiges (schwebendes) oder rechtskräftig abgeschlossenes gewerberechtliches Verfahren (Untersagung, Versagung, Widerruf)? ☐ nein ☐ ja, folgende (Art, Datum, Behörde, Aktenzeichen):
3	Identifikationsnummer Bewacherregister	
4	Betriebsanschrift/Anschrift des Unternehmens Bei juristischen Personen Anschrift der Hauptniederlassung	Straße: Hausnummer: Postleitzahl: Ort: Land/Staat: Telefonnummer: E-Mailadresse:
5	Zweigniederlassungen	Straße: Hausnummer: Postleitzahl, Ort: Land/Staat:
6	Unselbständige Zweigstellen	Straße: Hausnummer: Postleitzahl, Ort: Land/Staat:
7	Name des Unternehmens	
8	Rechtsform	

9	Registereintragung	Registergericht: Registernummer:
---	--------------------	---

Bearbeitungsunterlagen (bei Antragstellung nicht älter als 3 Monate)

10	Chronologischer Auszug aus dem Handels-, Genossenschafts- oder Vereinsregister – bei juristischen Personen	Bei eingetragenen Einzelunternehmen und juristischen Personen <u>Beglaubigte Kopie oder bei persönlicher Vorsprache vorzeigen des Originals</u> ☐ liegt bei
11	Bescheinigung in Steuersachen Finanzamt	Für die Antragstellerin/den Antragsteller ist eine Bescheinigung in Steuersachen vom <u>zuständigen</u> Finanzamt vorzulegen. <u>Beglaubigte Kopie oder bei persönlicher Vorsprache vorzeigen des Originals</u> ☐ liegt bei
12	Bescheinigung in Steuersachen Gemeindesteuernamt	Für die Antragstellerin/den Antragsteller ist eine Bescheinigung in Steuersachen von der <u>zuständigen</u> Gemeinde vorzulegen <u>Beglaubigte Kopie oder bei persönlicher Vorsprache vorzeigen des Originals</u> ☐ liegt bei
13	Kopie Ausweisdokument (Vorder- und Rückseite)	Kopie des Personalausweises (D und EU) ☐ liegt bei Kopie des Reisepasses (D und EU) ☐ liegt bei Ausländische (Drittstaaten) Pässe- oder Ausweisersatz, Reiseausweise jeweils mit Aufenthaltstitel und Arbeitserlaubnis ☐ liegt bei
14	Nachweis der notwendigen Sachkunde (mindesten Sachkundeprüfung IHK)	Für die Antragstellerin/den Antragsteller ist ein Nachweis über die notwendige Sachkunde für das Bewachungsgewerbe vorzulegen. (Zeugnis über die bestandene Sachkundeprüfung - IHK oder andere anerkennungsfähige Nachweise) <u>Beglaubigte Kopie oder bei persönlicher Vorsprache vorzeigen des Originals</u> ☐ liegt bei
15	Versicherungsbestätigung	Für die Antragstellerin/den Antragsteller ist eine Versicherungsbestätigung nach § 113 Abs. 2 VVG über den Bestand einer Haftpflichtversicherung nach § 34a GewO i. V. m. §§ 14 u.15 BewachV vorzulegen. <u>Beglaubigte Kopie oder bei persönlicher Vorsprache vorzeigen des Originals</u> ☐ liegt bei
16	Auskunft zentrales Bundesportal beim Amtsgericht Hünfeld	Für die Antragstellerin/den Antragsteller ist eine Auskunft aus dem zentralen Bundesportal über Eintragungen im Schuldnerverzeichnis beim Amtsgericht Hünfeld (www.vollstreckungsportal.de) vorzulegen (neu ab dem 01.01.2013) <u>Beglaubigte Kopie oder bei persönlicher Vorsprache vorzeigen des Originals</u> ☐ liegt bei
17	Erweiterte Meldebescheinigung	Für die Antragstellerin/den Antragsteller ist eine erweiterte Meldebescheinigung für die letzten 5 Jahre mit allen Ein- und Auszugsdaten vorzulegen.

	(Wohnanschriften der letzten 5 Jahre)	Beglaubigte Kopie oder bei persönlicher Vorsprache vorzeigen des Originals ☐ ist beantragt ☐ liegt bei
18	Gewerbezentralregister -zur Vorlage bei einer Behörde-	Für den Antragsteller ist ein Auszug aus dem Gewerbezentralregister – zur Vorlage bei einer Behörde- vorzulegen. ☐ ist beantragt ☐ liegt bei
19	Datenschutzblatt nach DSGVO	Die Informationen nach DSGVO (Datenschutzgrundverordnung) nehmen Sie bitte zur Kenntnis zu nehmen und fügen sie unterschrieben dem Antrag bei. ☐ liegt bei

Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben und stimme der Zuverlässigkeitsüberprüfung zu. Mir ist bekannt, dass ich Änderungen, die sich auf die Erlaubnis auswirken (z. B. Wechsel in der Geschäftsführung, Betriebsleitung, etc.), unverzüglich an die zuständige Behörde zu melden habe. Andernfalls kann die Erlaubnis zurückgenommen oder widerrufen werden.

Die Informationen zum Datenschutz für Betroffene nach Maßgabe der DSGVO des Fachbereichs 40.80 des Kreisausschusses des Hochtaunuskreises habe ich erhalten und zur Kenntnis genommen.

_____ Ort	_____ Datum	_____ Unterschrift
--------------	----------------	-----------------------

Hinweise:

1. Die Verwaltungsbehörde hat im Rahmen der Überprüfung der persönlichen Zuverlässigkeit i.S.d. § 34a Abs.1 GewO (**Bewachungsgewerbe**) die Pflicht eine **uneingeschränkte** Auskunft aus **dem** Bundeszentralregisters, **eine Auskunft des Hessischen Landeskriminalamt und evtl. auch vom Landesamt für Verfassungsschutz sowie die Bestätigung der Industrie- und Handelskammer** einzuholen.
2. Die Ausübung des Bewachungsgewerbes ohne vorherige schriftliche Erlaubnis stellt nach § 144 Abs. 1 Nr. 1 f), Abs. 4 GewO eine Ordnungswidrigkeit dar, die mit einer Geldbuße bis zu 5.000,-- € geahndet werden kann; die beharrliche Wiederholung dieses Verstoßes kann nach § 148 Nr. 1 GewO als Vergehen mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft werden. Außerdem kann die Fortsetzung des unerlaubten Betriebes nach § 15 Abs. 2 GewO behördlich verhindert werden.
3. Bei der Ausübung des Bewachungsgewerbes sind die Vorschriften der Verordnung über das Bewachungsgewerbe (Bewachungsverordnung - BewachV) vom 07.12.1995 (BGBl. I, S. 1602) in der jeweils gültigen Fassung zu beachten.
4. Ausländer, die sich in Deutschland aufhalten und selbständig oder nichtselbständig tätig werden wollen, benötigen einen hierzu berechtigenden deutschen Aufenthaltstitel mit Arbeitserlaubnis soweit sie nicht Staatsangehörige eines EU/EWR-Mitgliedsstaates sind.
5. Für die Erteilung der Erlaubnis sowie die Ablehnung oder Rücknahme des Antrags werden Gebühren erhoben.